

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

4/84

2. März

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzeil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Stellenhaushalt '85

Nullwachstum bereits programmiert?

Ungläubigkeit hat im Senat eine Information der Universitätsleitung ausgelöst, wonach die Hochschule im Haushaltsjahr 1985 nicht eine einzige zusätzliche Stelle erhalten soll. Nach vorliegenden Informationen aus dem Ministerium sollen der Universität zwar 20 Stellen zugewiesen, gleichzeitig jedoch aus dem Lehramtsbereich die gleiche Anzahl abgezogen werden. Sollte dieser Plan tatsächlich verwirklicht werden, so steht er nicht nur im krassen Gegensatz zu bisherigen Zusagen, sondern auch zu einer Erklärung des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, Dr. Johann-Tönjes Cassens, vor dem Niedersächsischen Landtag am 16. Februar, in der er nach der negativen Entscheidung in Sachen Jura versprach, die Universität in den übrigen Bereichen konsolidieren zu wollen.

Noch vor wenigen Wochen hatte das Ministerium der Universität 90 neue Stellen bei gleichzeitiger Abziehung von 50 Stellen aus dem Lehramtsbereich in den Jahren von 1984 - 1986

zugesagt. Dies würde einen realen Zuwachs von 40 Stellen bedeuten, wovon 20 im Haushaltsjahr 1984 auch eingelöst wurden. Zusätzlich sollten Stellen für den neuen Studiengang Informatik zur Verfügung gestellt werden.

Nach den jetzigen Planungen ist davon keine Rede mehr. Denn auch die Informatikstellen werden nach Vorstellung des Ministeriums aus jenen 20 Stellen bestritten, die die Universität in anderen Bereichen verliert. Kurz gesagt, es würde sich dabei um einen realen Stellenabbau handeln.

Die Universität müßte trotz Zunahme ihres Fächerspektrums (Informatik) und überproportional steigender Studentenzahlen den Lehr- und Forschungsbetrieb mit weniger Wissenschaftlern bestreiten, da auch der Dienstleistungsbereich notwendig mit neuen Stellen bedient werden muß. Dabei ist allgemein unbestritten, daß die personelle Ausstattung in vielen Bereichen nicht ansatzweise

dem allgemeinen Standard entspricht.

Der Senat hat sich angesichts dieser Lage entschlossen, auf seiner nächsten Sitzung vornehmlich diese Problematik zu beraten. Ein Senatsvertreter erklärte: „Es kann zwar keinen Zweifel darüber geben, daß ein Studiengang Informatik an der Universität Oldenburg von großer Bedeutung wäre. Es stellt sich allerdings die Frage: Können wir ihn uns angesichts dieser Situation überhaupt leisten?“ Dagegen erklärte Kanzler Jürgen Lüthje, Überlegungen solcher Art seien wenig hilfreich, da sie allenfalls dazu führten, daß das Ministerium den Personaletat weiter zusammenstreiche, wenn diese Konsequenz gezogen würde. Vielmehr müsse die Universität klar und unmißverständlich den Minister an seine eigenen Aussagen erinnern, die auf der Einsicht basierten, daß ohne einen solchen Stellenzuwachs die Universität in vielen Bereichen der Forschung und Lehre mehr als nur begrenzt handlungsfähig sei.

NC-Regelungen

Schwere Bedenken bestehen in der Universität gegen die einschneidende Reduzierung von Studienanfängerzahlen durch das Ministerium in mehreren Fächern. Zwar hatte die Universität in den Lehramtsstudiengängen Kunst, Sport und Sonderpädagogik selbst den numerus clausus beantragt, jedoch nicht in einem solchen Maße wie jetzt vom Ministerium verfügt. Im Fach Kunst können sich zum Sommersemester lediglich acht Studenten einschreiben, im Fach Sport wurde die Zahl mit Ausnahme des berufsbildenden Studienganges sogar auf null gefahren, und im LA Sonderpädagogik wurde die Zahl von 16 (Universitätsvorschlag) auf sechs reduziert.

Im Diplomstudiengang Chemie dürfen sich lediglich nur noch 23 Studienanfänger immatrikulieren, was dem Dekan des Fachbereichs, Professor Dr. Manfred Weidenbruch, angesichts der Fertigstellung der naturwissenschaftlichen Neubauten auf dem Standort Wechloy besonders unsinnig anmutet. Weidenbruch sagte, Wissenschaftler und Studenten hätten dadurch erstmals im Hinblick auf räumliche und technische Ausstattung gute Arbeitsbedingungen - auch wenn es, dies sei keine Frage, an einer angemessenen personellen Ausstattung noch fehle.

Qualifikationsstellen mit 30 Stunden?

Wissenschaftliche Nachwuchskräfte, die sich erfolgreich auf sogenannte Qualifikationsstellen bewerben haben, können künftig wahrscheinlich mit 30-Stundenverträgen rechnen. Bisher sind diese Stellen nur mit 27-Stunden-Verträgen ausgestattet - allerdings mit der Besoldung BAT IIa. Da seit Januar alle Einstiege in den öffentlichen Dienst nur noch nach BAT III bezahlt werden, hat sich der Haushaltsausschuß des Niedersächsischen Landtages zu dieser Entscheidung durchgerungen, um Einkommensverluste bei diesen ohnehin nicht sehr attraktiven Stellen auszugleichen.

tätsgesellschaft. Die Entscheidung wird vorbereitet durch einen Auswahl Ausschuss, dem Professor Dr. habil Wolfgang Hartung, Museumsdirektor i.R., Professor Dr. Rolf Schäfer, Oberkirchenrat, und Professor Dr. Wolfgang Schulenberg, Universität Oldenburg, angehören.

Zur Bewerbung um den Preis können entsprechende Arbeiten durch die Vorstands- und Beiratsmitglieder der Universitätsgesellschaft und durch Professoren der Universität Oldenburg vorgeschlagen werden. Auskünfte erteilt Professor Dr. Schulenberg, Fachbereich 3.

Gerhard-Wachsmann-Preis 84

Die Universitätsgesellschaft Oldenburg wird auch 1984 den Gerhard-Wachsmann-Preis verleihen, der zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten jüngerer Mitglieder oder Absolventen der Universität Oldenburg gestiftet worden ist und nach Gerhard Wachsmann benannt wurde, der als Vorsitzender der Universitätsgesellschaft entscheidend für den Ausbau der Universität und für die Stärkung der Verbundenheit zwischen Stadt, Region und Universität gewirkt hat. Der Preis ist mit einer Geldgabe von 3.000 Mark verbunden.

Über die Vergabe des Preises entscheidet der Vorstand der Universi-



Außenstellen verwaist

Eigenhändig demontierte der Biologie Professor Dr. Thomas Höpner jene Schilder, die das ehemalige Fabrikgebäude an der Bloherfelder Straße als Außenstelle der Universität Oldenburg ausweisen. Das Gebäude, in dem für Biologen und Chemiker übergangsweise Labors eingerichtet worden waren, ist jetzt ebenso verwaist wie die Außenstelle an der Cloppenburg Straße, in der ebenfalls Arbeitsgruppen des Fachbereichs Chemie lehrten und forschten. Die Wissenschaftler, Laboranten und Verwaltungsangestellten haben sich inzwischen in dem neuen naturwissenschaftlichen Komplex auf dem Standort Wechloy eingerichtet. Auch der Umzug der übrigen Naturwissenschaftler vom AVZ in die neue Anlage läuft auf vollen Touren. Insgesamt wird das komplizierte Unternehmen allerdings erst in einem halben Jahr abgeschlossen sein. Indes wird die offizielle Eröffnung in Anwesenheit des Niedersächsischen Wissenschaftsministers, Dr. Johann-Tönjes Cassens, und des Präsidenten der Deutschen Rektorenkonferenz, Professor Dr. Berchem, bereits am 28. Juli stattfinden. Foto: Räther

Große Enttäuschung über „Nein“ zu Jura

Knappe Entscheidung im Niedersächsischen Landtag

Vertreter der Region wollen weiterhin an der Forderung nach einem Studiengang Jura an der Universität Oldenburg festhalten. Nach der negativen Entscheidung des Niedersächsischen Landtages am 16. Februar 1984 sagte der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Oldenburg, Dr. Günter König, die Zielsetzung einer „Universität Oldenburg mit Jura“ bleibe. Oberbürgermeister Dr. Heinrich Niewerth meinte, die Region müsse endlich aufwachen. Eine Verstärkung ihrer politischen Schlagkraft in Hannover sei unerlässlich.

Die Entscheidung im Landtag gegen Jura fiel mit 85 : 83 Stimmen. Die gesamte Fraktion der CDU einschließlich ihrer Oldenburger Abgeordneten stimmte damit gegen den von der SPD eingebrachten Antrag, der von FDP und den Grünen unterstützt wurde (siehe dazu Seite 2).

Präsident Dr. Horst Zilleßen erklärte, die Entscheidung des Landtages sei nicht nur ein Schlag gegen die Universität, sondern gegen die gesamte Region, die sich in einem Teufelskreis der Benachteiligung befinde. Die infrastrukturelle Schwäche der Region bedinge auch ihre politische und umgekehrt. Obwohl sich alle im Parlament vertretenen Parteien, die Stadt und alle wichtigen Institutionen des Nordwestraumes für Jura politisch an die „Front“ begeben hätten, zeigten Exekutive und Legislative der Region die kalte Schulter. Dies sei in der Hochschulgeschichte ein wohl einmaliger Vorgang - zumal wenn man bedenke, daß eine von der Landesregierung eigens eingesetzte Expertenkommission alle Argumente, die jetzt gegen die Einrichtung dieses Studienganges angeführt werden,

eingehend geprüft und dennoch den Antrag der Universität ausdrücklich empfohlen habe.

Wörtlich meinte Zilleßen: „Die Universität und die Region waren in der nahezu 15jährigen Auseinandersetzung um die Einrichtung eines Studienganges Jura unterlegen. Dies kann jedoch nicht heißen, daß die Hochschule nun auf jegliche Forderung zur Erweiterung ihres Fächerspektrums verzichtet. Sie erinnert an mehrfach abgegebene Erklärungen des Wissenschaftsministers, für die Universität Oldenburg 'ein großes Paket mit neuen Studiengängen' zu schnüren. Damals nannte er nicht nur Jura, sondern auch Agrarwissenschaften, Informatik und Lebensmittelchemie. Lediglich der zweifellos sehr wichtige Studiengang Informatik wird im kommenden Jahr eingerichtet.“

Abschließend dankte der Präsident allen Vertretern der Region für ihren Einsatz in Sachen Jura. Die gemeinsamen Aktivitäten hätten Region und Universität trotz der Niederlage einander näherrücken lassen, was für alle Seiten für die Zukunft von großer Bedeutung sei.

„Es gibt keine Alternative, die nicht teurer ist“

Auszüge aus der Landtagsdebatte am 16. Februar über die Einrichtung eines Jura-Fachbereiches an der Universität Oldenburg

Horst Milde (SPD) „Glauben Sie nicht, daß Sie Ruhe haben“

Zur objektiven Klärung der Gesamtproblematik hat die Landesregierung eine Gutachterkommission Jura Oldenburg eingesetzt, die ihren Bericht im Mai 1981 veröffentlicht hat. Die Argumente, die im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen sowie im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst von den Gegnern eines Fachbereichs Jura an der Universität Oldenburg vorgetragen wurden, sind schon in diesem Bericht widerlegt worden. Das gilt insbesondere für den Einwand der Überproduktion von Juristen. Das gilt ebenso für den Einwand der Konkurrenz mit der Universität Osnabrück.

Überzeugende und sachlich abgewogene Gründe wurden in den Ausschußberatungen von den Vertretern der CDU-Fraktion und von dem Vertreter der Landesregierung nicht vorgetragen. Ich habe den Eindruck mitgenommen, daß, bevor die Beratungen in den Ausschüssen überhaupt begonnen wurden, die Ablehnung unseres Antrages schon vorprogrammiert gewesen ist und daß nicht die ehrliche Absicht bestanden hat, das Pro und das Contra objektiv abzuwägen. Ich stelle heute fest, daß in der Frage der Errichtung eines Fachbereichs Rechtswissenschaft der Herr Ministerpräsident und der Herr Minister für Wissenschaft und Kunst die Universität Oldenburg und die Bürger im Nordwesten unseres Landes über Jahre hinweg mit Versprechungen hingehalten haben. Diese Versprechungen drohen heute sich als Täuschung zu erweisen.

Angesichts des einmütigen und über alle Parteigrenzen hinweggehenden Votums der Nordwest-Region ist auch die Verantwortung des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes in Oldenburg besonders gefordert. Ich bitte Sie, Herr Minister Glup, zu bedenken, daß heute hier auch über Ihre politische Glaubwürdigkeit abgestimmt werden wird.

Heute, meine Damen und Herren, ist der Landtag aufgerufen, eine Entscheidung zu fällen, zu der die Landesregierung nicht fähig war. Diese Entscheidung ist um so leichter zu treffen, als Kostengesichtspunkte hier bislang keine besondere Rolle gespielt haben und weil die Gegner des Fachbereichs Jura nicht einen einzigen realisierbaren Vorschlag für die Verbreiterung des Fächerspektrums gemacht haben.

Glauben Sie bitte nicht, die Sie nachher unseren Antrag ablehnen werden, daß Sie hier anschließend Ruhe haben werden...

Hier entscheiden Sie sichtbar für jeden, ob Sie dem Nordwesten Niedersachsens helfen wollen oder ob Sie weiterhin eine Albrecht-Politik unterstützen wollen, nach der die Zukunft immer mehr aus dem Nordwesten abwandern muß.

Minister Cassens (CDU) „Ich arbeite an einem Fünf-Punkte-Programm“

Herr Milde, das will ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen: Ich habe großen Respekt vor den regionalpolitischen Argumenten, die Sie hier vorgetragen haben. Aber Sie können die Tatsache nicht wegwischen, daß wir es mit einem großen Heer von arbeitslosen Juristen zu tun haben werden. Das liegt auf dem Tisch. Ich muß Sie fragen, ob Sie mit mir bereit sind, für die junge Generation Studiengänge aufzubauen, die wirklich Zukunftschancen bieten, oder ob Sie mit diesem Ja zum juristischen Fachbereich die Jugend von heute in eine ausweglose Situation bringen wollen. Das ist Ihre Verantwortung, die Sie heute auf sich nehmen.

Auch wenn gegenwärtig die Studienachfrage die Errichtung einer weiteren Ausbildungsstätte gestatten würde - denn der Studiengang wird ja nachgefragt -, müssen wir uns doch alle miteinander fragen, ob wir damit nicht falsche Signale setzen würden. Denn wenn wir auf der einen Seite mit sehr großem Kraftaufwand die Kapazität der Lehramtsstudiengänge in Niedersachsen um die Hälfte reduzieren und wenn wir einen Teil der Stellen aus diesen nicht nachgefragten Studiengängen in andere verlagern - ich möchte mit Ihnen diese Stellen in zukunftssträchtige Studiengänge verlagern, dann ist doch die entscheidende Frage, ob wir mit dem Ja zum juristischen Fachbereich nicht dem unbefangenen Studenten sagen: Hier tut sich wieder eine Zukunft auf. Und genau dieses falsche Signal, Herr Milde, werden Sie mit Ihrem Ja zum juristischen Fachbereich in Oldenburg heute setzen...

Zusätzlich arbeite ich gegenwärtig an einem Fünf-Punkte-Programm zur Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Universität Oldenburg:

Punkt 1: Die Universität soll auf ihren ausdrücklichen Wunsch hin - ich betone: auf ihren ausdrücklichen Wunsch - bei der Neuordnung der Lehramtsausbildungskapazität einen sehr starken Platz erhalten.

Punkt 2: Aufbau eines Fachbereichs Informatik. Das Angebot ist der Universität mit voller Zustimmung des Wissenschaftsrates unterbreitet worden. Auch hier stehen wir in der Realisierung.

Punkt 3: Errichtung einer Reihe von Magisterstudiengängen in den Geisteswissenschaften. Ein entsprechender Erlaß wird in Kürze mein Haus verlassen.

Punkt 4: Vorbereitung eines kleinen, aber schlagkräftigen landwirtschaftlichen Forschungsinstituts für den Weser-Ems-Raum. Hier sind meine Mitarbeiter beauftragt, die Prüfung abzuschließen.

Punkt 5: Auslagerung der Universitätsverwaltung in eine Anmietung, um zusätzlich Flächen für Sonderforschungsbereiche und andere Lehr- und Forschungszwecke zu gewinnen. Auch hier hoffe ich auf einen zügigen Abschluß der Planungsarbeiten...

Walter Hirche (FDP) „Sie lehnen jede Erweiterung ab“

Alles, was der Minister heute gesagt hat, hätte er vor zwei Jahren wissen müssen. Herr Cassens, ich habe hier die Zahl der Studienanfänger. Die höchste Zahl der Studienanfänger hat es im Jahre 1981 gegeben; danach sank die Zahl ab. Meines Erachtens ist es unverantwortlich, wenn Sie im Grunde damals in Kenntnis der Zahlen zu entsprechend positiven Entscheidungen gekommen sind und plötzlich bei zurückgehenden Zahlen - minimal zurückgehenden Zahlen, das gebe ich zu - hier völlig neue Entscheidungen treffen wollen oder treffen müssen.

Es ist auch eine Zumutung, wenn dann der Studiengang Informatik gegen Jura ausgespielt wird. Alle Kunden wissen, daß beides nichts miteinander zu tun hat und nicht aufgerechnet werden kann.

Ich habe für meine Fraktion in der ersten Beratung und in den Ausschüssen erklärt, daß wir an die Prüfung, ob Jura für Oldenburg genehmigt werden sollte, nicht ohne Bedenken und Vorbehalte herangehen. Wir wollten prüfen, ob erstens entsprechend der Struktur der Universität andere Studiengänge vielleicht besser geeignet sind; zweitens wollten wir die Auswirkungen insbesondere auf Osnabrück prüfen, weil das ein Argument war; drittens wollten wir die Frage des Juristenbedarfs prüfen. Meine Damen und Herren, all dies ist in den Ausschüssen, verbunden mit

den entsprechenden Fragen und Diskussionen, geprüft worden. Dabei sind wir von einem Ziel ausgegangen, und zwar nicht nur verbal, sondern auch im Hinblick auf die Entscheidung. Wir haben uns dazu bekannt, und wir bekennen uns immer noch dazu, daß das Fächerspektrum an der Universität Oldenburg erweitert werden muß. Wir waren uns darüber im klaren, daß es etwas anderes sein muß, wenn Jura ausfällt. Hier und heute muß Farbe dazu bekannt werden!

Ich komme jetzt auf die Alternativen zu sprechen, meine Damen und Herren. Von der Struktur der Universität her wäre etwas im naturwissenschaftlichen Bereich oder wären die Agrarwissenschaften, die genannt worden sind, vielleicht auf Dauer noch besser gewesen.

Zu dem letzteren möchte ich auf die Kosten zu sprechen kommen. Statt 45 wären es 100 Stellen. Ferner entstände ein enormer Investitionsbedarf in Höhe von zehn Millionen bis 20 Millionen Mark, wie uns gesagt wurde.

Das schied aus, und zwar auch wegen der Berufssituation, die dort nicht besser ist. Mit anderen Alternativen war es ähnlich, meine Damen und Herren. Es gibt keine Alternative, die nicht teurer ist, vorausgesetzt, man will etwas Vernünftiges machen. Deshalb bleibt nach dieser Prüfung von allem, was in der Vergangenheit gemacht worden ist, Jura übrig...

Wer aus berufspolitischen Gründen der Meinung ist, daß das unerträglich ist, der dürfte nicht sagen: „In Oldenburg dürfen nicht 150 sein“, sondern der müßte sagen: „Dann müssen wir in Jura den numerus clausus einführen.“ Das wäre die Entscheidung, die Sie aus Ihrer Argumentation heraus treffen müßten. Wenn Sie das aus bildungspolitischen Gründen nicht wollen, was ich respektiere, dann kann das nicht an der Frage von 150 Studenten in Oldenburg scheitern...

Im Grunde, bleibt von diesen Argumenten nichts übrig. Übrig bleibt: Sie lehnen Jura ab, aber lehnen damit zugleich jede Erweiterung der Universität Oldenburg ab.

Hans-Jörg Schramm (CDU) „Ich lasse mich nicht zum Mehrheitsbeschaffer machen“

In der anstehenden Sache sind über einen langen Zeitraum hinweg in einer Vielzahl demokratischer Gremien die Argumente formuliert und ausgetauscht worden. Nunmehr muß hier und heute die Entscheidung getroffen werden. In Vorbereitung auf diese Entscheidung hat meine Fraktion nach eingehender Beratung einen eindeutigen Mehrheitsentscheid herbeigeführt, in dem ich mit meiner Auffassung unterlegen bin...

Ich halte zwar diese Mehrheitsentscheidung meiner Fraktion nicht für richtig, aber ich kann umgekehrt für meine Minderheitsposition ebenfalls nicht den alleinigen Anspruch auf Richtigkeit reklamieren. So wie ich erwartet hätte, daß bei einem umgekehrten Ausgang der Abstimmung in meiner Fraktion die unterlegene Minderheit den demokratischen Mehrheitsentscheid selbstverständlich mitgetragen hätte, so entspricht es meiner tiefsten Überzeugung als Demokrat, der in einer Abstimmung unterlegen ist, den Mehrheitsentscheid seiner Fraktion mittragen zu müssen.

Diese meine Grundhaltung ist deshalb gerechtfertigt, weil die Sache, um die es hierbei geht, keine Gewissensfrage darstellt. Es handelt sich vielmehr um eine, wenn auch für Oldenburg sehr wichtige, hochschulpolitische Sachfrage, in der begründet unterschiedliche Positionen eingenommen werden können. Ich bin

aber nicht bereit, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, mich in einer Entscheidung hier im Parlament zu Ihrem Mehrheitsbeschaffer zu machen, zumal ich weiß - dies ist bereits von den Vorrednern zum Ausdruck gebracht worden -, daß es auch in den Oppositionsfractionen eine ganze Reihe von Abgeordneten gibt, die die Mehrheitsentscheidung meiner Fraktion teilen und dennoch mit ihren Fraktionen stimmen, obwohl sie anderer Auffassung sind, weil sie einfach die Mehrheitsentscheidung ihrer Fraktion akzeptieren und mittragen...

Josef Dierkes (CDU) „Eine gewisse Resignation“

Wenn ich mich nun vor diesem Hintergrund - weil es wenig Sinn hat, daß sich der Kollege Schramm und ich uns gegenseitig in den Arm nehmen und sagen „ich stütze dich und du stützt mich“, wir aber ansonsten doch mehr oder weniger als Einzelkämpfer in der politischen Landschaft gestanden hätten - entschieden habe, heute für die Beschlußempfehlung zu stimmen und nicht - wie ich das ursprünglich vorhatte und angekündigt hatte - für den Antrag, den die SPD-Fraktion eingebracht hat, dann ist das für mich eine bittere Erkenntnis, ein bitteres Eingeständnis, das ist - wenn Sie so wollen - dann auch eine gewisse Resignation, die mir nur dadurch erleichtert wird, daß ich mir sicher bin, daß neben den Punkten, die der Wissenschaftsminister vorhin hier angekündigt hat, auch eine weitere Abrundung, auch fächerspezifische Abrundung der Universität möglich sein wird, wie sie mir von der Landesregierung zugesagt worden ist. Ich sage dies allerdings auch mit folgender Anmerkung: Die bloße Aussage, daß eine Abrundung möglich wird, empfinde auch ich als eine Worthülse, als eine Worthülse, die - wenn sie nicht ausgefüllt wird - des Nennens nicht wert ist.

Nach den Enttäuschungen, die ich gerade - Herr Ministerpräsident, das will ich auch Ihnen sagen - mit der eigenen Fraktion erlebt habe und die ich auch mit der Landesregierung, auch mit Ihnen erlebt habe, da wir jahrelang als Abgeordnete auf den Pfad gesetzt worden sind, Bedingungen zu erfüllen, die zur Einrichtung einer juristischen Fakultät hätten führen können, nach all diesen negativen Erfahrungen und nach diesen Enttäuschungen, bitte ich Sie, uns bei diesen neuen Hoffnungen - mögen sie auch ganz klein sein - nicht erneut zu enttäuschen, denn ein zweites Mal hält man das sicherlich nicht aus...

Ich bedauere in diesem Zusammenhang, daß die übrigen Kollegen der Fraktion, soweit sie aus der Region kommen - auch Sie spreche ich an, Herr Glup -, uns, nämlich Herrn Schramm und mich - in der Verantwortung für die Region bis zum Schluß allein gelassen haben. Wir standen schließlich allein, in der Verantwortung für die Region, obwohl das nicht unsere städtische Universität, sondern die Universität der Region ist...

Martin Mombaur (GRÜNE) „Opposition führt CDU-Politik fort“

Herr Schramm und Herr Dierkes, ich möchte mich zunächst bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Sie haben mir gezeigt, daß man durch das Darstellen persönlicher Konflikte in diesem Hause nachweisen kann, daß gearbeitet wird und daß uns die Entscheidungen oft schwerfallen können. Ich wünsche allen vier Fraktionen, daß es einzelnen bei wichtigen Entscheidungen so geht.

Das andere möchte ich zu Ihnen, Herr Minister, sagen. Es gibt auch ein anderes Beispiel dafür, wie man eine solche Sache regeln kann. Dieses Beispiel stammt aus dem Lande Nordrhein-Westfalen. Dort hat man die Universität Köln, die damals in einem Fachbereich hoffnungslos überlastet war, dadurch entlastet, daß man an der Universität Aachen einen Fachbereich gestärkt hat. Das hat sehr gut funktioniert, ohne daß die Studentenzahlen gestiegen sind. Ich meine, daß die Universität Göttingen im juristischen Bereich zur Zeit völlig überlastet ist. Könnte man nicht der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg dadurch, daß man diesen Fachbereich dort einrichtete, eine Möglichkeit geben, eine echte Alternative darzustellen? Das hätte man auch überlegen können.

Das Dritte muß ich - so ernst mir das ist und so leid mir das tut - an den Ministerpräsidenten Albrecht persönlich und an die CDU-Fraktion gerichtet sagen. Seit Jahren wird Politik damit gemacht, daß der juristische Fachbereich dorthin kommt. Seit Jahren ist es völlig klar, daß die CDU diese Politik will, und noch im November 1983 stand der Bereich Weser-Ems hundertprozentig dahinter und war bereit, dafür einzutreten. Die Opposition führt diese CDU-Politik in diesem Hause im Augenblick fort! Das möchte ich einmal deutlich darstellen, Herr Ministerpräsident, das ist ein weiterer Beweis Ihrer Unglaubwürdigkeit, zunächst ja zu sagen...

Sie haben offensichtlich nicht nur uns, sondern auch Ihren Kollegen, die sich hier mit recht so schwertun, versprochen: fächerspezifische Abrundungen für Oldenburg, zusätzliche Studiengänge, zusätzlicher Ausbau. Ich fordere Sie nicht so großartig wie Herr Hirche es getan hat, obwohl ich auch das für richtig halte, auf Alternativen auf den Tisch zu legen, sondern ich frage Sie hier und heute schlicht: Welche Stellen werden 1985 in Oldenburg in der Lehre abgebaut, und welche Stellen werden Sie zusätzlich ausbringen? Ich erwarte heute eine Antwort!

Institute...

Fortsetzung von Seite 1

Beim Fachbereich 1 und dem Fachbereich 3 entsprach das Ministerium den Wünschen der Fachbereichsräte. Lediglich das Institut für Vergleichende Politikforschung erhielt nicht die Mehrheit des Gremiums. Bei der Einrichtung der Institute im Fachbereich 4 richtete sich der Wissenschaftsminister nach Anträgen von Professoren. Der Fachbereichsrat selbst hatte eine Zustimmung zu den Anträgen verweigert.

In einer Stellungnahme zu den Instituts-einrichtungen erklärte der Vizepräsident der Universität, Professor Dr. Horst Schminke, die Institute seien für die Verbesserung der Infrastruktur in großen Fachbereichen notwendig. Sie machten die Hochschule für alle ihre Mitglieder überschaubarer und förderten die Kooperation unter Wissenschaftlern gleicher Disziplin. Daß viele Mitglieder der Universität Institute angesichts der nicht vorhandenen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studenten, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter ablehnten, sei jedoch verständlich. Gleichwohl müsse man unter Abwägung aller Argumente zu dem Schluß kommen, daß Institute aus Gründen der besseren Organisation von Forschung und Lehre sinnvoll seien und an ihnen kaum ein gangbarer Weg in großen Fachbereichen vorbeiführe.

Nach dem Erlaß des Ministers können allerdings Professoren, die nicht einem Institut angehören wollen, auch nicht dazu gezwungen werden. Sie bleiben lediglich dem Fachbereich zugeordnet.

Einsatz von Computern im Unterricht

18. Bundestagung der Didaktik der Mathematik in der Universität Oldenburg

Der Einsatz von Computern im Mathematikunterricht ist eines der Hauptthemen der 18. Bundestagung Didaktik der Mathematik, die vom 13. bis 16. März in der Universität stattfindet. Veranstalter ist die Gesellschaft für Didaktik der Mathematik, der etwa 400 Hochschullehrer aus der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark und Finnland angehören. An der Tagung können zusätzlich auch Mathematiklehrer aus dem Einzugsbereich der Universität Oldenburg teilnehmen. Die Bundestagung, die erstmals in Oldenburg stattfindet, soll einen Überblick über den aktuellen Stand der Didaktik der Mathematik geben. Fünf Hauptvorträge und 90 Kurzreferate stehen auf dem Programm. Neben einer Vielzahl von Einzelproblemen, die den Mathematikunterricht von der Grundschule bis hin zum Gymnasium betreffen, werden sich die Wissenschaftler mit psychologischen, schulorganisatorischen und mathematik-historischen Fragen auseinandersetzen sowie den Einsatz moderner Technologien im Unterricht diskutieren.

Zum Thema „Umwälzung der Ausbildung durch den Einsatz von Computern“ wird der amerikanische Mathematiker Professor Dr. Wilfred E. Boykin, Central Connecticut State University, sprechen. Mit der gleichen Frage wird sich auch eine eigens dafür eingerichtete Arbeitsgruppe beschäftigen. Die weiteren Hauptvorträge halten Professor Dr. Hans-Günther Bigalke (Universität Han-

nover), Professor Dr. Hans Niels Jahnke (Institut für Didaktik der Mathematik, Bielefeld), Professor Dr. Hilbert Meyer (Universität Oldenburg) und Professor Dr. Werner Walsch (Universität Halle-Wittenberg).

Die Tagung wird am 13. März um 10.00 Uhr in der Aula der Universität in Anwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Heinrich Niewerth und dem Präsidenten der Universität, Dr. Horst Zilleßen, eröffnet. Professor Dr. Heinrich Winter (Technische Universität Aachen), der erste Vorsitzende der Gesellschaft für Didaktik der Mathematik, wird in seiner Ansprache auf die gesellschaftlich und politisch schwierige Situation der Mathematiklehrer in den Bundesländern eingehen.

Antarktisforscher trainieren im Baggersee



In Bagger- und Autobahnseen rund um Oldenburg bereitet sich eine Forschergruppe der Universität auf einen halbjährigen Aufenthalt in der Antarktis vor. Die Gruppe unter der Leitung des Biologen Dr. Johann Wolfgang Wägele wird dort im Meer nach Bodentieren tauchen. Wägele beschäftigt sich im Rahmen eines Forschungsprojektes mit der „Biologie und Ökologie der Antarktischgewässer“. Er arbeitet dabei eng mit dem Alfred-Wegener-Institut (Bremerhaven) zusammen, das sich ausschließlich der Polarforschung widmet. Im Rahmen dieser Kooperation nahm er auch an der Jungfernfahrt des Forschungsschiffes „Polarstern“ im vergangenen Jahr teil. Im November wird die Gruppe mit diesem Arbeitsschwerpunkt ebenfalls an Bord der „Polarstern“ sein,

wenn sie zu ihrer dritten Fahrt aufbricht. Etwa 200 Seemeilen südlich von Kap Hoorn wird das Forscherteam an einer polnischen Station auf der Insel King George abgesetzt und dort nach den Bodentieren - insbesondere nach Krebsen und Schnecken - bei Wassertemperaturen um den Gefrierpunkt tauchen. Um den Gefrierpunkt lagen auch die Temperaturen der Bagger- und Autobahnseen, in denen jetzt die Wissenschaftler trainierten. Mit den luftgepolsterten Anzügen - Kosten etwa 5.000 Mark - kann man bis in eine Tiefe von 45 Metern tauchen. Da die Gewässer in der Nähe des antarktischen Festlandes sehr viel größere Tiefen aufweisen, werden die Wissenschaftler im zweiten Teil ihrer Reise dazu übergehen, mit Fanggeräten nach den Bodentieren zu fischen.

„Förderungen erweitern“

Die Universität Oldenburg hat einen Gesetzentwurf des Niedersächsischen Wissenschaftsministers zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern begrüßt, jedoch gleichzeitig erklärt, daß die Zahl der Stipendien zu gering sei, um dem Nachwuchs eine angemessene Chance zu bieten. Das neue Gesetz soll Ersatz für das ausgelaufene Graduiertenförderungsgesetz bieten, das gemeinsam von Bund und Ländern getragen wurde.

Nach diesem Entwurf sollen maximal 200 Promotionsstipendien in Höhe von 1.200 Mark pro Monat ab Oktober dieses Jahres gezahlt werden. Für verheiratete und alleinerziehende Elternteile erhöht sich dieser Betrag um fast 300 Mark. Die Förderungsdauer beträgt zwei Jahre, eine einjährige Verlängerung ist unter bestimmten Umständen möglich. Drei Millionen Mark sind für diese Maßnahme jährlich in der mittelfristigen Planung des Landes Niedersachsen eingeplant. Insbesondere soll die Förderung in Fachgebieten gewährt werden, in denen der Bedarf an wissenschaftlichem Nachwuchs besonders groß ist. Außerdem sollen bei der Vergabe die Stärkung von Forschungsschwerpunkten und die wissenschaftliche Kooperation mit Entwicklungsländern berücksichtigt werden.

Broschüren über Sommer-Sprachkurse

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat drei neue Broschüren veröffentlicht, in denen Sommer-Sprachkurse an Hochschulen in fast allen europäischen Ländern dargestellt werden. Nähere Informationen erteilt das Akademische Auslandsamt, Raum A 202, Tel. 6038.

Nachruf auf Hans Fleischer

Am 1. März 1984 ist Hans Fleischer, Ehrenbürgermeister der Stadt Oldenburg, im Alter von 77 Jahren gestorben. Sein plötzlicher Tod trifft auch die Universität, die mit ihm einen aufrechten Förderer verliert.

In seiner langjährigen Amtszeit als Oberbürgermeister ist Hans Fleischer unermüdlich für die Errichtung der Universität Oldenburg und deren Ausbau eingetreten. Schon an dem ersten Beschluß des Rates der Stadt Oldenburg, mit dem der Landesregierung 1959 die Gründung einer Universität in Oldenburg vorgeschlagen wurde, war er maßgeblich beteiligt. Für dieses Ziel hat Hans Fleischer in den langen Jahren seiner Amtszeit mit der ihm eigenen Geduld und Beharrlichkeit gearbeitet.

Als sich die regionalen Bestrebungen zur Gründung einer Universität im Nordwesten Niedersachsens auseinanderentwickelten und damit an politischer Durchsetzungskraft verloren, entschied sich Hans Fleischer für den zu dieser Zeit realistischen Weg, die Universität aus der Pädagogischen Hochschule Oldenburg heraus zu entwickeln. Unter seinem Vorsitz beschloß 1969 die „Arbeitsgemeinschaft Universität in Oldenburg“ einen „Strukturplan der Universität Oldenburg“, der die entstandenen Gegensätze zu überbrücken versuchte und maßge-

benden Einfluß auf den Errichtungsbeschluß der Landesregierung gewann.

Wenn es nötig war, trat Hans Fleischer für die Gründung der Universität und später für deren Ausbau entschieden und demonstrierte. Als die Landesregierung im Jahre 1971 - nur ein Jahr nach ihrem Errichtungsbeschluß - die für den Universitätsaufbau vorgesehenen Stellen und Mittel strich und den Studienbeginn auf unbestimmte Zeit verschieben wollte, sprach der Oberbürgermeister vor 2.000 Teilnehmern der ersten Großkundgebung für den Ausbau der Universität. Im Jahre 1976 verabschiedete Hans Fleischer auf dem Schloßplatz die ca. 1.500 Teilnehmer der Fahrraddemonstration von Oldenburg nach Hannover gegen einen erneuten Ausbaustopp, und 1979 übergab er im Rahmen einer Demonstration in Hannover gegen Kürzungspläne der Landesregierung dem Landtagspräsidenten eine von vielen regionalen Institutionen getragene Petition.

Hans Fleischer war ein Freund der Universität. Er hat gerade deswegen notwendige Kritik nicht zurückgehalten. Seine Glaubwürdigkeit, Offenheit und Geduld auch gegenüber Andersdenkenden werden der Stadt und der Universität fehlen.

Jürgen Lütjeh

Brasilien-Initiative

33.000 Mark gesammelt

Professor Dr. Jürgen Dieckert, Sportwissenschaftler im Fachbereich 5, wurde zum Vorsitzenden der neugegründeten Oldenburger Sektion der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft gewählt. Der Präsident der Gesellschaft, Professor Dr. Hermann M. Görgen, Bonn, bezeichnete während der Gründungsversammlung die Ende vergangenen Jahres von Oldenburger Wissenschaftlern gestartete Spendenaktion für die von der Dürrekatastrophe bedrohte Bevölke-

rum im Nordosten Brasiliens als hervorragend: 33.000 Mark wurden bisher auf das Solidaritätskonto überwiesen. Dieckert, der ebenso wie der Hochschullehrer Dr. Dieter Brühl, Fachbereich 3, mehrere Jahre in Brasilien forschte und lehrte, erklärte, daß die Universität Oldenburg neben ihren humanitären Bemühungen auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Universitäten Santa Maria und Fortaleza ausbauen werde.

Neuer Dekan im Fachbereich 3

Professor Dr. Ernst Hinrichs, Hochschullehrer für Geschichte der frühen Neuzeit, wurde zum neuen Dekan des Fachbereichs 3 „Sozialwissenschaften“ gewählt. Hinrichs beginnt seine Amtszeit am 1. April, er löst dann den Politikwissenschaftler Professor Dr. Gerhard Kraiker ab. Hinrichs wird dieses Amt voraussichtlich bis zum 30. September ausüben, da er anschließend die Leitung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig übernimmt.

Uni-Prospekt in englischer Sprache

Der Prospekt, der die Standorte der Universität in einer Übersichtskarte zeigt, wurde von der Pressestelle in englischer Sprache neu aufgelegt. Das Blatt gibt ebenfalls, wie die deutsche Fassung, einen Überblick über die Studien- und Examensmöglichkeiten sowie eine kurze Zusammenfassung über den Aufbau der Universität und einige ergänzende Angaben über die Universitätsstadt Oldenburg. Der Prospekt kann über die Pressestelle angefordert werden.

Sechsbändige ELAB-Dokumentation wurde jetzt abgeschlossen

Mit dem in diesen Tagen erscheinenden Band 3 ist die von Wolfgang Fichten, Detlef Spindler und Ulrich Steinbrink konzipierte und herausgegebene „Dokumentation zur einphasigen Lehrerausbildung“ abgeschlossen. Die Herausgeber kommen aus den Reihen der Mitarbeiter des universitären Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB).

Mit drei Dokumentations- und drei Aufsatzbänden ist damit der seit 1974 an der Universität Oldenburg durchgeführte Modellversuch zur Reform der Lehrerausbildung ausführlich und umfassend dokumentiert. Die Titel der einzelnen Bände lauten: Band 1 Das Reformmodell in der Planung 1970 - 1974, Band 2 Das Reformmodell in der bil-

dungspolitischen Auseinandersetzung 1974 - 1980, Band 3 Das Reformmodell in der Umsetzung 1974 - 1980, Band 4 Theorie und Praxis, Band 5 Wissenschaft und Unterricht, Band 6 Universität und Schule. Dieses Publikationsvorhaben, das ohne die im Etat des Modellversuches dafür vorhandenen finanziellen Mittel nicht möglich gewesen wäre, ist zu einem Zeitpunkt geplant worden, da die in der Universität für den Modellversuch bildungspolitisch Verantwortlichen noch eine Chance sahen, eine vorzeitige Beendigung des ehrgeizigen Reformvorhabens zu verhindern. Angesichts der inzwischen eingetretenen Entwicklung hat es damals nicht an Stimmen gefehlt, die vor der Verwirklichung eines sol-

chen Dokumentationsvorhabens warnten. Diese Stimmen haben nicht Recht behalten.

Heute - mit dem Abschluß der Dokumentation - ist festzustellen, daß sich das Anliegen der Dokumentation nicht verändert hat, lediglich der Stellenwert ist durch die Beendigung des Modellversuches ein anderer geworden.

Die einphasige Lehrerausbildung wird auf lange Zeit das einzige bedeutsame Beispiel für die Möglichkeiten und Grenzen von bildungspolitischen Reformvorhaben zumindest in der Bundesrepublik Deutschland sein. Am Konzept ELAB wie an der Auseinandersetzung darum ist exemplarisch ablesbar, wie schmal der Grat ist, auf dem sich Wissenschaft und (Bildungs-)Politik um Verbesse-

rungen im Bildungsbereich bemühen.

Auch wenn Dokumentation und Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt der Veröffentlichung stehen, wenn vor allem den an der ELAB Beteiligten die wesentlichen Materialien im Zusammenhang und mit kommentierenden Anmerkungen zugänglich gemacht werden, so ist die Veröffentlichung auch für wissenschaftliche Untersuchungen wertvoll. Wer sich heute mit Problemen und Reformen der Lehrerausbildung und mit der Entwicklung bildungspolitischer Perspektiven befassen will, hat mit der „ELAB-Dokumentation“ eine Fundgrube an Materialien, Erfahrungsberichten und anregenden Überlegungen. Es versteht sich, daß unter mehr als dreitausend Seiten sich auch sol-

che befinden, die vor der Veröffentlichung eine Überarbeitung und/oder Akzentverschiebung verdient hätten. Sie halten sich im übrigen im Rahmen, stellen aber auf keinen Fall den Wert der Gesamtveröffentlichung in Frage.

Den Herausgebern der Dokumentation sowie den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die an der Realisierung beteiligt waren, gebührt Anerkennung. Sie haben einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Auseinandersetzung um den Modellversuch geleistet, der immerhin auch eine zentrale Rolle in der nun zehnjährigen Geschichte unserer Universität spielt.

Friedrich W. Busch
Fachbereich 1 Pädagogik

1.110 Wohnplätze bis 1985 geschaffen

Mit der Hilfe von privaten Investoren - wie Bauherrengemeinschaften - und mit Aufwendungsdarlehen aus den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus sollen bis 1985 insgesamt 1.110 Studentenwohnplätze in Göttingen, Osnabrück, Oldenburg und Lüneburg geschaffen werden. Diese Zielzahl veröffentlichte jetzt das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Die Pläne berücksichtigen die zehnte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes aus dem Jahr 1982, nach der 78 Prozent der Studenten die „eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft“ als gewünschte Wohnform erklärten. Bislang wurde diese Form bereits von 57 Prozent verwirklicht. Elf Prozent leben in Studentenwohnheimen, zwölf Prozent möchten es. Bei den Eltern leben derzeit noch 22 Prozent, nur fünf Prozent möchten es weiterhin. Die geringste Resonanz hat das Untermietverhältnis: für zehn Prozent ist die vorhandene Wohnform, für lediglich vier Prozent die Wohnschwierigkeit.

Neue Öffnungszeiten

Am Uni-Bad wurden Reparaturarbeiten vorgenommen. Bis zum 27. April ist das Bad montags bis freitags von 15.00 bis 21.00 Uhr für die Öffentlichkeit zugänglich.

Während der Semesterferien ist die Bibliothek vom 27. Februar bis 13. April montags bis freitags von 9.00 bis 20.00 Uhr geöffnet, ab 16. April wieder von 9.00 bis 21.00 Uhr.

Fußballturnier für Bedienstete

Am 21. März findet erstmals ein Fußballturnier von Universitätsmitgliedern aus dem Dienstleistungsbereich in der großen Sporthalle am Uhlhornsweg statt. Es geht dabei um einen „Wanderpokal des Präsidenten“. Insgesamt haben sich bisher neun Mannschaften für das Hallenturnier gemeldet, das um 15.30 Uhr beginnt und mit einer Fete enden soll. Vorhandener Besuch ist erwünscht. Kontakt: Günther Schumann (Tel.: 6014).

Auf diese Bedürfnisse der Studenten wurde die öffentliche Förderung mit den Programmen „Familienwohnungen für Studenten“ und „Errichtung von Altbauten für einfaches studentisches Wohnen“ neu konzipiert. Die Wohnungen werden für zehn Jahre von den örtlichen Studentenwerken als Generalmieter an die einzelnen Studenten untervermietet. Für Umbau- und Renovierungsarbeiten gibt es pro Wohnplatz maximal einen Zuschuß von DM 10.000.

Sowjetischer Generalkonsul besuchte Uni

Der Leiter des sowjetischen Generalkonsulats in Hamburg, J. L. Barmitschew, besuchte am Freitag, 2. März, die Universität. Nach Empfangen beim Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg und bei der Industrie- und Handelskammer informierte er sich beim Präsidenten der Universität über die Studienangebote und die Bedeutung der Hochschule für die Region. Konsul V. Tschikin, Hamburg, referiert am Freitag, 9. März, 20.00 Uhr, in der „Brücke der Nationen“, Gartenstraße, über die Außenpolitik der Sowjetunion. Nach dem Vortrag steht der Diplomat zu einer Diskussion unter der Leitung von Professor Dr. Ulrich Knauer, Mathematiker im Fachbereich 6 und Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken e.V., zur Verfügung.

Promotion

Manfred Blohm promovierte im Fachbereich 2 mit dem Thema „Identitätsfördernde ästhetische Praxis - eine Untersuchung aktueller kunstpädagogischer Konzepte unter Kriterien eines sozialisationstheoretisch begründeten Identitätsbegriffes“.

Hartmut Wiesner, Fachbereich 2, promovierte mit der Arbeit „Das Werk Johann Georg Siehl-Freysetts - Dokumentation, künstlerische Stellungnahme, Rezeption“.

Privathochschule im Raum Oldenburg?

Mit Hilfe der Landesregierung will nach Angaben der SPD ein „potentier Unternehmen“ im Raum Oldenburg eine Privathochschule errichten. In einer kleinen Anfrage wollen die Abgeordneten Rainer Silkenbeumer und Horst Milde jetzt Aufklärung über den Vorgang erreichen. Das Ministerium äußerte dazu, die Regierung sei erst gefordert, wenn die staatliche Anerkennung beantragt werde. Ansonsten äußerte sich Wissenschaftsminister Dr.

Johann-Tönjes Cassens eher skeptisch über die Zukunftschancen spezialisierter Privathochschulen. Die Spezialisierung, die gegenwärtig als Stärke erscheine, könnte sich als Schwäche für die Phase sinkender Studentenzahlen erweisen. Dagegen befürwortet Wirtschaftsministerin Birgit Breuel Privathochschulen.

Arthur-Lehning-Symposium in der Universität

Vom 17. bis 19. Mai findet zu Ehren des holländischen Anarchisten Arthur Lehning an der Universität Oldenburg ein Symposium statt, zu dem der 85jährige international auch als Literaturwissenschaftler renommierter Holländer selbst kommen wird. Veranstalter wird das Symposium von dem Niederländer Professor Dr. Bulhof und dem Erziehungswissenschaftler Dr. Gottfried Mergner sowie Dr. Heribert Baumann. Zu dem Symposium werden 15 Referenten aus dem In- und Ausland erwartet. Arthur Lehning, in der Bundesrepublik nur wenig bekannt, trat in den 20er Jahren als Herausgeber der Literaturzeitschrift „i 10“ hervor, in der namhafte Philosophen und Literaten von Bloch bis Benjamin schrieben. Während des Krieges emigrierte er nach England, wo er als Journalist; in der sogenannten „Feindpropaganda“ wirkte. Nach dem Krieg war Lehning zunächst Berater des indonesischen Staatspräsidenten Sukarno und dann Abteilungsleiter im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam) und widmete sich hier insbesondere der Forschung über den russischen Anarchisten Bakunin. Auf dem Symposium wird Lehning zum Thema „Erfahrungsbezogene Überlegungen zum Anti-Militarismus und Syndikalismus und zur gesellschaftlichen Aufgabe des Intellektuellen“ sprechen. Neben weiteren öffentlichen Vorträgen sollen sich Arbeitsgruppen mit folgenden Fragestellungen befassen:

- 1) Anarchismus und die Frauen
 - 2) Sozialgeschichte des Anarchismus und des Syndikalismus
 - 3) Moralerziehung/Macht und der Anarchismus
 - 4) Anarchistische Tradition des alternativen Lebens
 - 5) Produktives Subjekt oder kollektive Produktion.
- Interessenten für die Arbeitsgruppen melden sich bitte bei Dr. Gottfried Mergner, FB 1, Tel.: 2040.

Neue Broschüre zum Thema BAFöG

Die GEW hat ein Handbuch für Schüler und Studenten herausgegeben, das über den neuesten Stand des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) informiert sowie Hilfestellungen in der Handhabung dieses Gesetzes gibt. Das GEW-Handbuch ist im Dreisam-Verlag, Freiburg, erschienen und ist für 14,80 DM im Buchhandel erhältlich. GEW-Mitglieder können es zum Hauptpreis von 7,50 DM beim Hauptvorstand der GEW, Unterlindau 58, 6000 Frankfurt, beziehen.

Termine zum Wintersemester

15. Oktober: Beginn des Wintersemesters und Beginn der Orientierungswoche
22. Dezember: Beginn der Weihnachtsferien
4. Januar: Ende der Weihnachtsferien
15. Februar: Ende der Vorlesungszeit

Personalien

Professor Dr. Friedrich W. Busch, Erziehungswissenschaftler im Fachbereich 1 Pädagogik, nimmt auf Einladung des Internationalen Forschungszentrums für pädagogische und soziale Methodologie und des italienischen Erziehungsministeriums in Rom an einem internationalen Kongress über Probleme der Lehrerbildung in den 80er Jahren teil und referiert über Konzept und Erfahrungen mit dem Modellversuch zur einphasigen Lehrerbildung an der Universität Oldenburg.

Leif Martinsen, Student des Studienganges Diplom-Pädagogik im Fachbereich 1, wurde für eine Amtsdauer von zwei Jahren zum neuen Vizepräsidenten des Deutschen Studentenwerkes (DSW) gewählt. Martinsen gehörte zuvor auf Bundesebene bereits dem Förderungsausschuß des DSW an. In Oldenburg war er Mitglied der studentischen Fraktion des Verwaltungsrates und des Vorstandes des Studentenwerkes.

Professor Dr. Friedhelm Nachreiner, Hochschullehrer für angewandte Psychologie mit dem Schwerpunkt Arbeitspsychologie im Fachbereich 5, beteiligt sich mit einer Arbeitsgruppe aus der Universität am 30. Frühjahrskongress der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft in Düsseldorf. Die Gruppe hält drei Vorträge im Arbeitsschwerpunkt „Schichtarbeit“.

Ernennung zum

Hochschulassistenten:

Dr. Ilse Karius, Anglistin im Fachbereich 2 Kommunikation/Ästhetik
Dr. Alfred Tacke, Industrie- und Betriebssoziologie im Fachbereich 3 Sozialwissenschaften

Einstellung als

wissenschaftl. Mitarbeiter
Karl-Heinz Lüpkes, Forschungsvorhaben „Biogasanlagen für Abfallentsorgung und Abwasserreinigung eines Schlachthofes“, Professorin Dr. Jannsen, Fachbereich 7 Biologie
Dr. Uwe Jens Walther, Forschungsvorhaben „Versorgungsstrategien in Arbeiterhaushalten“, Fachbereich 3 Sozialwissenschaften
Lothar Wierschowski, Forschungsvorhaben „Analyse größerer geschlossener Inschriftenkomplexe“, Professor Dr. Kneibel, Fachbereich 3 Sozialwissenschaften

Ausgeschieden aus dem

Dienst der Universität
Irene Dinklage, Angestellte im ZpB

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (04 41) 2006-0

Bücher für Studium und Beruf
collectiv-Buchhandlung
Donnerschweerstraße 12
Telefon (04 41) 8 74 49
2900 Oldenburg

Kopien wie gedruckt
Schnelldruck · Einbinden
Erstklassige Kopien auf Normalpapier! Auf Wunsch fix und fertig sortiert und geheftet.
KOPIERDIENST
Ammerländer Heerstraße 88
2900 Oldenburg
Tel. (04 41) 7 63 74

BIRKENSTOCK®
wenn auch Ihre Füße fit bleiben sollen.
Wir bieten Ihnen eine große BIRKENSTOCK-Auswahl
EGGERS
Naturformschuhe
Baumgartenstr. 8 Oldenburg
Tel. 1 30 07

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 252 88

Ihr Partner bei all' Ihren Aufgaben für die Druckindustrie
Littmann Druck
Offsetdruck · Buchdruck
Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 70 51/52

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
★
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41